

Hans-Wilm Schütte

Zeitenwende in Taiwan

Ergebnisse und Folgen der Präsidentenwahl

Am Ende war es dann doch kein Kopf-an-Kopf-Rennen dreier Kandidaten gewesen, wie viele Beobachter erwartet hatten. Das Ergebnis der Wahl zum Präsidentenamt am 18. März fiel im Gegenteil deutlicher aus als erwartet. Es wird gleich aus mehreren Gründen in die Geschichte eingehen - in die taiwanische sowieso und irgendwie wohl auch in die chinesische:

- Die Wahl brachte den ersten demokratischen Machtwechsel an der Spitze eines chinesischen Staates;
- mit dem Erfolg des Wahlsiegers manifestiert sich eine entscheidende Etappe in der Taiwanisierung der taiwanischen Politik;
- die mächtige Regierungspartei KMT erlebte mit ihrem Kandidaten ein Debakel und landete abgeschlagen auf dem dritten Platz. Da gleichzeitig der KMT-abtrünnige, unabhängige Kandidat Soong einen sehr guten zweiten Platz errang, bedeutet die Wahl eine Spaltung der KMT-Wählerschaft und letztlich das Ende der über ein halbes Jahrhundert währenden KMT-Dominanz;
- der durch die Wahlschlappe ausgelöste Rücktritt von Präsident Li Teng-hui vom KMT-Vorsitz bedeutet gleichzeitig den Anfang vom Ende der durch ihn geprägten Ära, deren Hauptmerkmal der Übergang von der KMT-Einparteiendiktatur zur modernen Mehrparteiendemokratie war. Diese Übergangsphase kann nun als nahezu abgeschlossen gelten.

Der bis zum Schluss spannende Wahlkampf sowie das in der Woche vor der Wahl sich noch einmal zuspitzende Drohverhalten der Beijinger Regierung verschafften dem diplomatisch isolierten Land und seiner prekären Existenz eine seltene weltweite Aufmerksamkeit; mit dem offenkundigen Funktionieren seiner Demokratie gewann es internationalen Respekt und Anerkennung.

Wahlergebnis und regionales Wahlverhalten

Zur Wahl angetreten waren zehn Kandidaten, von denen sich jeweils fünf um das Amt des Präsidenten und fünf um das des Vizepräsidenten bewarben:

- der amtierende Vizepräsident Lien Chan (Lian Zhan) für die Regierungspartei KMT; sein Mitkandidat für die Vizepräsidentschaft war der amtierende Premierminister Vincent Siew (Xiao Wanchang)

- der Rechtsanwalt und frühere Bürgermeister von Taipei Chen Shui-bian für die oppositionelle Demokratische Fortschrittspartei DPP; seine Mitkandidatin für die Vizepräsidentschaft war die Parlamentarierin und demokratische Aktivistin Annette Lü (Lü Xiulian)
- der frühere Provinzgouverneur von Taiwan und frühere KMT-Generalsekretär James C. Y. Soong (Song Chuyu) als unabhängiger Kandidat; sein Mitkandidat war der Herzchirurg und Präsident der privaten Chang-Gung-Universität Chang Chao-hsiung (Zhang Zhaoxiang)
- der Schriftsteller Li Ao für die wiedervereinigungsorientierte kleine Oppositionspartei New Party mit Vizepräsidentschaftskandidat Elmer Fung Hu-hsiang (Feng Huxiang)
- der frühere DPP-Parteichef Hsu Hsin-liang (Xu Xin-liang) als Unabhängiger mit Vizepräsidentschaftskandidat Chu Hui-liang (Zhu Huiliang).

Das am 24.3. bekannt gegebene amtliche Wahlergebnis sah wie folgt aus:

Gültige Stimmen: 12.664.493

Stimmen für		
Chen/Lü (DPP)	4.977.797	(39,31%)
Soong/Chang	4.664.972	(36,84%)
Lien/Siew (KMT)	2.925.513	(23,10%)
Hsu/Chu	79.429	(0,63%)
Li/Fung (NP)	16.782	(0,13%)

(Government Information Office, www.elect2000.gov.tw)

Anders als in Ländern mit direkter Präsidentenwahl sonst üblich, gilt laut taiwanischem Wahlgesetz die relative Mehrheit der Stimmen als ausreichend. Es gibt also keine Stichwahl unter den beiden bestplatzierten Kandidaten. Damit wird Chen Shui-bian nächster Präsident Taiwans. Er wird seinen Vorgänger Li Teng-hui am 20. Mai ablösen.

Die Wahlbeteiligung war mit 82,69% ungewöhnlich hoch - rund 6 Prozentpunkte höher als bei der Wahl 1996 - und unterstrich damit eindrucksvoll, wie sehr sich die Bürger Taiwans heute der Bedeutung ihres demokratischen Wahlsystems bewusst sind (www.taiwanheadlines.gov.tw, 18.3.00).

Auffällig am Ergebnis sind folgende Punkte:

- die geringe Stimmendifferenz von nur rund 313.000 zwischen dem Erst- und dem Zweitplatzierten,
- das äußerst schlechte Abschneiden des KMT-Kandidaten Lien gegenüber der Zahl der Stimmen, die die KMT bei vergangenen Wahlen erzielen konnte, hier vor allem gegenüber der Präsidentschaftswahl 1996, als Li Teng-hui auf 54% kam (vgl. C.a. 1996/3, S. 262-264),
- die starken Stimmengewinne des DPP-Kandidaten, dessen Vorgänger bei der letzten Präsidentschaftswahl nur gut 21% erreicht hatte.

Das besonders schlechte Abschneiden des NP-Kandidaten Li Ao, das in keinem Verhältnis zum sonstigen Wählerzuspruch seiner Partei steht, erklärt

sich daraus, dass sowohl die NP wie auch Li Ao selbst am Schluss dazu aufgerufen hatten, James Soong zu unterstützen.

Ein Blick auf die Stimmenverteilung in den Landkreisen und Städten ergibt, dass das Wahlverhalten sehr stark von regionalen Einflüssen geprägt war. Dies deutet schon ein Blick auf die Ergebnisse in den beiden Metropolen Taipei (Taibei) und Kaohsiung (Gaoxiung) an:

Kaohsiung:	
Chen Shui-bian	45,79%
James Soong	29,78%
Lien Chan	23,97%

Taipei:	
Chen Shui-bian	37,64%
James Soong	39,79%
Lien Chan	21,90%

Tatsächlich errang der aus Südtaiwan stammende Chen seinen Wahlsieg im Süden, zu dem Kaohsiung zählt, während Taipei im Norden liegt, wo Soong seine Hochburgen hatte. Auch der dünn besiedelte Osten wählte den KMT-Abtrünnigen, während die Mitte ein gemischtes Bild abgab. Auf der Hauptinsel Formosa erzielte Soong sein prozentual bestes Ergebnis im osttaiwanischen Kreis Taitung (Taidong):

Chen Shui-bian	23,21%
James Soong	52,78%
Lien Chan	23,67%

Dies war gleichzeitig die einzige Region der Hauptinsel, in der Chen nur auf dem dritten Platz landete. Noch in einer zweiten Region erzielte Soong eine absolute Mehrheit, und zwar im nordwestlichen Kreis Hsinchu (Xinzhu):

Chen Shui-bian	24,75%
James Soong	51,58%
Lien Chan	20,69%

Umgekehrt erreichte Chen in seinen südtaiwanischen Hochburgen nur einmal eine absolute Mehrheit, und zwar in seinem Heimatkreis Tainan:

Chen Shui-bian	53,78%
James Soong	21,10%
Lien Chan	24,70%

Hier wie im südtaiwanischen Kreis Pingtung (Pingdong), in dem Chen mit 46,3% der Stimmen ebenfalls ein besonders gutes Ergebnis erzielte, reichte es für Soong nur zum dritten Platz hinter Lien Chan.

Der KMT-Kandidat konnte in keinem einzigen Kreis und keiner Stadt eine Mehrheit auf sich vereinigen und schaffte einen zweiten Platz nur in den erwähnten Kreisen Tainan, Taitung und Pingtung.

Mehr ein Kuriosum am Rande, jedoch nicht ohne Signifikanz war das Wahlverhalten auf den formal immer noch zur Provinz Fujian gerechneten taiwanischen Frontinseln Kinmen (Jinmen) und Matsu (Mazu): Dort erzielte Soong 82 bzw. 73% der Stimmen, während Chen bei 3,1 bzw. 1,8% zum Außenseiter degradiert wurde. Die von den Insulanern gewünschte rasche Aufnahme direkter Ver-

kehrsverbindungen zum nahen Festland, wie sie Soong befürwortet, überragte hier offenbar alle anderen Themen.

Hinsichtlich des Wahlverhaltens in den Städten und auf dem Land sind keine signifikanten Unterschiede feststellbar.

Auch wenn Soong in zwei Landkreisen und Chen nur in einem eine absolute Mehrheit erreichte, galt insgesamt doch eher der Trend, der sich beim Vergleich von Taipei mit Kaohsiung andeutet: Chen erfuhr in den meisten seiner Hochburgen einen stärkeren Zuspruch als Soong in den seinen. So erhielt Soong in der nordchinesischen Hafenstadt Keelung (Jilong), wo er im Vergleich zu anderen Städten am besten abschnitt, das 1,52-fache der auf Chen entfallenden Stimmen, dieser kam aber in den südchinesischen Städten Chia (Jiayi) und Tainan auf das 1,60- bzw. das 1,67-fache der Stimmen seines Rivalen. Ein ähnliches Bild ergibt sich aus folgender Beobachtung: Unter den 23 Kreisen und Städten (ohne Kinmen und Matsu) erzielte Soong in 13 den ersten Platz und Chen nur in 10. Trotzdem lag Chen am Schluss mit über 300.000 Stimmen vorn (alle Zahlen nach Government Information Office, www.elect2000.gov.tw).

Der Hauptgrund für den bei Chen so ausgeprägten regionalen Schwerpunkt im Süden des Landes liegt in einer traditionellen Rivalität zum KMT-dominierten Norden. Im Norden - vor allem in Taipei - hatten sich 1949 die meisten vom Festland Geflohenen niedergelassen. Im Süden, in der proletarischen Industrie- und Hafenmetropole Kaohsiung, erlitt die Oppositionsbewegung, der sich später der aus dem Kreis Tainan stammende Chen Shui-bian anschloss, ihre ersten traumatischen Erfahrungen mit der KMT-Diktatur. Obwohl die Gegnerschaft zwischen „Festländern“ und „Taiwanern“ heute nicht mehr so ausgeprägt ist wie früher, spielt sie doch noch eine Rolle. Der vom Festland gebürtige und auch politisch stärker wiedervereinigungsorientierte Soong bekam dies im Süden denn auch besonders zu spüren.

Wählerbewegungen

Eine Besonderheit der Wahl war, dass der traditionellen KMT-Wählerschaft zwei Kandidaten ihrer Couleur zur Auswahl standen: mit Lien Chan der offizielle Kandidat der Partei sowie mit Soong ein ehemaliges, langjähriges und altverdientes - wenn auch nun ausgeschlossenes - KMT-Mitglied. Die Frage war, wie sich die KMT-Wähler in dieser Situation verhalten würden. Einer Nachwahlumfrage zufolge entschieden sich 43,5% der traditionellen KMT-Wähler für den abtrünnigen Soong, während nur 38,1% dieser Gruppe für Lien stimmten. Der nicht weiter aufgeschlüsselte Rest von 18,4% wird demnach mindestens teilweise für Chen gestimmt haben. Noch schlechter schnitt Lien ab, wenn das Wahlverhalten derjenigen betrachtet wird, die 1996 den amtierenden Präsidenten Li wählten: Lien „erbte“ nur 25% von dessen Wählerschaft, dagegen wanderten je 30% dieser Gruppe zu Soong und zum Oppositionskandidaten Chen ab.

Chens Stimmensammlung in der KMT-orientierten Wählerschaft wird noch übertroffen durch seine Attraktivität unter den Nicht- und Wechselwählern. Für ihn entschieden sich von diesen der Umfrage zufolge 32,1%, wäh-

rend Soong (24,7%) und Lien (12,3%) erst mit einem sehr viel deutlicheren Abstand folgten als beim Gesamtergebnis (Rest: vorwiegend Nichtwähler).

Ein weiteres Merkmal der Wahl war der sehr hohe Anteil der Unentschiedenen, der bei den letzten Prognosen, die nur bis zehn Tage vor der Wahl abgegeben werden durften, noch bei 25 bis 30% lag, sodass keine Vorhersage des Wahlsiegers möglich war. Schließlich stimmte von den Unentschlossenen eine - nicht näher quantifizierte - Mehrheit für Chen.

Dass Chen bei neuen Wählerschichten, die sich sonst der Politik eher fernhielten oder als Jungwähler erstmals an einer Präsidentenwahl teilnahmen, als willkommene Alternative gewürdigt wurde, geht aus folgenden Zahlen hervor: Unter denen, die bei der letzten Präsidentenwahl 1996 keine Stimme abgaben bzw. damals noch nicht wahlberechtigt waren, entschied sich fast die Hälfte (48,1%) für Chen. Soong mit 23,2% und Lien mit 12,1% erwiesen sich für diese Gruppe als besonders wenig attraktiv. Damit bestätigt sich ein Eindruck, den Beobachter auch schon vor der Wahl äußerten: Chen, mit 49 der jüngste der fünf Konkurrenten, war nicht nur der Kandidat des Südens, sondern auch der Jugend (CNAT, Internetausgabe, 19.3.00).

Insgesamt zeigt sich, dass Chen in allen Lagern Stimmengewinne verzeichnen und sogar in die traditionelle KMT-Wählerschaft einbrechen konnte. Vor allem seine Fähigkeit, neue Wählerschichten zu mobilisieren, kam ihm beim Sieg zustatten. Soong dagegen nahm seine Stimmen in erster Linie der KMT weg. Auch er konnte darüber hinaus weitere Wähler gewinnen, doch in deutlich geringerem Maße als Chen. Für Lien blieben im Wesentlichen nur die Reststimmen der KMT-Wählerschaft.

Verlauf der Wahl

Aus Furcht vor Sabotage durch vom Festland eingeschleuste Agenten sowie vor Unruhen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses waren für die Wahl starke Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden. Die Wahllokale wurden von Polizei und freiwilligen Sicherheitskräften in einer Gesamtzahl von annähernd 45.000 geschützt (CNAT, nach SWB, 19.3.00, s. auch C.a., 2000/02, Ü 46).

Bei der Wahl selbst blieben Zwischenfälle aus. Die Wahllokale waren von 8 bis 16 Uhr Ortszeit geöffnet. Der Wahlleiter gab das vorläufige amtliche Endergebnis noch am Abend des Wahltags bekannt. Es wickelte sich von dem sechs Tage darauf verkündeten amtlichen Endergebnis nicht nennenswert ab.

Aus dem Lager des knapp unterlegenen James Soong wurden bald darauf Anschuldigungen laut, wonach es bei der Stimmenauszählung zu Unregelmäßigkeiten gekommen sei. So seien in Kaohsiung über 100 Stimmzettel für Soong aus einem Mülleimer sichergestellt worden. Dort wurde daraufhin eine entsprechende Klage gegen das örtliche Wahlkomitee eingereicht. Auch an anderen Stellen in DPP-regierten Gebieten in und um Kaohsiung seien Stimmen für Soong verschwunden oder falsch gezählt worden (CNAT, nach SWB, 27.3.00). Selbst wenn sich diese Anschuldigungen bewahrheiten sollten, wird dies am

Gesamtbild der Wahl jedoch wenig und am Ergebnis gar nichts ändern.

Wie befürchtet, kam es nach der Wahl zu Unruhen, vor allem vor der Parteizentrale der KMT in Taipei, aber auch in mehreren anderen Städten. Die tagelangen Proteste enttäuschter KMT-Anhänger fielen dabei außergewöhnlich heftig aus und endeten erst, als Li seinen sofortigen Rücktritt vom Parteivorsitz bekanntgab (s. u.) (CNAT, nach SWB, 22.3.00).

Nach der Auszählung gratulierte Präsident Li Teng-hui seinem Nachfolger und der zukünftigen Vizepräsidentin Lü und äußerte sich zufrieden über den glatten und gewaltfreien Verlauf der Wahl (Kyodo News Service, Tokyo, nach SWB, 20.3.00).

Wahlkampfthemen und Wählerwille

Die Chinapolitik

Das Verhältnis Taiwans zur VR China stand bei dieser Wahl wie schon bei der letzten vor vier Jahren wieder im Brennpunkt des internationalen Interesses. Zwar verzichtete Beijing diesmal auf tatsächliche Militäraktionen, seine Interventionsdrohungen und die Warnung an die Bürger Taiwans, sich ja weise - das heißt: für eine Beijing genehme Persönlichkeit - zu entscheiden, widrigenfalls mit Krieg zu rechnen sei, machten die Chinapolitik der Kandidaten auch zu einem wichtigen Wahlkampfthema und verliehen der Wahl generell einen bedrohlichen Hintergrund.

Die Partei Chen Shui-bians, die Demokratische Fortschrittspartei DPP, hatte von jeher eine Unabhängigkeit Taiwans angestrebt: In einem Referendum solle über die Ausrufung einer „Republik Taiwan“ anstelle der bisherigen „Republik China“ entschieden werden. Für die Beijing Regierung, die mit aller Macht an der Fiktion eines chinesischen Einheitsstaates unter Einschluss von Taiwan festhält, waren die DPP und ihre Repräsentanten daher stets übelste Landesverräter. Auf Grund der schon früher unmissverständlichen Ankündigung Chinas, eine Unabhängigkeitserklärung als Kriegsgrund anzusehen, galt die DPP trotz ihrer unbestrittenen Verdienste um die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten auf der Insel bei der überwiegenden Mehrheit der Bürger als auf Landesebene nicht wählbar: Das Risiko, dass Beijing seine Drohung wahr machen könnte, erschien ihnen zu groß. Trotz der Tatsache, dass 85% der Bevölkerung Taiwaner im engeren Sinne sind, also wie ihre Vorfahren keine persönlichen oder gar biographischen Verbindungen zum Festland haben, war es der DPP daher nie möglich, ihr eigentliches Wählerpotenzial nur annähernd auszuschöpfen.

Vor diesem Hintergrund vollzogen die Partei und insbesondere Chen Shui-bian im letzten Jahr eine Revision ihres Programms (vgl. C.a., 1999/05, Ü 33). Weder an der Staatsbezeichnung, die als „Republik China“ die Idee eines fortbestehenden chinesischen Einheitsstaates dokumentiert, soll nunmehr etwas geändert werden, noch will die DPP auf absehbare Zeit ein Referendum zur formellen taiwanischen Unabhängigkeit auf die Tagesordnung setzen. Eine Unabhängigkeitserklärung werde es nur dann geben, wenn China Taiwan militärisch angreife (CNAT,

nach SWB, 18.3.00). Als der taiwanisch-chinesische Dialog im Sommer letzten Jahres nach Li Teng-huis Äußerung über den „besonderen zwischenstaatlichen Charakter“ der Beziehungen mit der VR China vollends zum Erliegen kam, erkannten sowohl Chen als auch sein Rivale Soong dies als Herausforderung, neue chinapolitische Ideen zu entwickeln. Mit anderen Worten: Die DPP machte sich auch auf Landesebene wählbar, und die Wähler haben seine Abkehr von einer riskanten Konfrontationspolitik gegenüber China offenbar honoriert.

Auch Soong dürfte von seiner offeneren chinapolitischen Einstellung profitiert haben. Lien Chan dagegen gelang es nicht, sich aus dem Schatten des amtierenden Präsidenten und KMT-Vorsitzenden Li zu lösen. Seine späten Versuche, ebenfalls neue chinapolitische Ideen zu präsentieren, wirkten wenig überzeugend; vieles von dem, was er vortrug, erschien wie von seinen Rivalen zusammengeborgt (vgl. C.a., 2000/02, Ü 48).

Lien machte darüber hinaus den Fehler, Chinas Kriegsdrohungen wahltaktisch umzumünzen, indem er behauptete, sie richteten sich gegen den unabhängigkeitsorientierten Chen. Diesen zu wählen sei daher unverantwortlich. Die Taiwaner fanden das in KMT-Fernsehsports ausgemalte Schreckensszenario offenbar wenig überzeugend, im Gegenteil: Da sich Lien zum Sprachrohr Beijings machte, bestätigte er das Bild von sich, ein Schwächling zu sein und Taiwans Sache nicht fest genug vertreten zu können. Auch Chen gab in diesem Zusammenhang jedoch wahltaktisch nicht die beste Figur ab, als er insinuierte, Li Teng-hui und Lien Chan steckten mit Beijing unter einer Decke, und damit eine Verschwörungstheorie präsentierte, für die es keinen Beweis gab (CNAT, nach SWB, 16.3.00). Als Politiker von staatsmännischem Format präsentierte sich lediglich Soong, der die Drohungen Beijings als gegen Taiwan insgesamt gerichtet zurückwies (vgl. C.a., 2000/02, Ü 47).

Nach der Wahl bestätigte Chen sein chinapolitisches Programm: Verhandlungen mit der VR China unter anderem über die Einrichtung direkter Transport- und Handelsbeziehungen, über Investitionen, einen Friedensvertrag und über Maßnahmen zur militärischen Vertrauensbildung. Sowohl Wang Daohan als Unterhändler des Festlands im bisherigen (unterbrochenen) Dialog als auch Staats- und Parteichef Jiang Zemin sowie Ministerpräsident Zhu Rongji seien aufgerufen, Taiwan ihren Besuch abzustatten. Chen selbst sowie Annette Lü seien willens, vor ihrem Amtsantritt aufs Festland zu reisen (Chinese Television System, Chinesisch, nach SWB, 20.3.00).

Die Nationale Volkspartei (KMT)

Die wichtigste politische Botschaft dieses Wahlergebnisses ist freilich weniger die Bestätigung taiwanischen Selbstbewusstseins gegenüber der VR China als vielmehr der Sturz der KMT. Mehr als drei Viertel der Wähler stimmten gegen diese Partei, die seit über 50 Jahren nahezu unangefochten auf Taiwan herrschte, aus der Inselrepublik ein modernes Land mit hoher Wirtschaftskraft und hohem Volkseinkommen gemacht, sie schließlich aus der Diktatur in die Demokratie übergeleitet und noch danach über zehn Jahre lang in den Wahlen ihre Stellung behauptet hatte. Gewiss spielte die Person des Kandidaten Lien

für das schlechte Abschneiden eine nicht geringe Rolle: Lien wirkte blass, er besaß weder die einnehmende Autorität des scheidenden Präsidenten Li noch die Popularität eines James Soong oder die demokratische Unbestechlichkeit und den Ideenreichtum eines Chen Shui-bian.

Die Kandidatur Soongs dagegen kann nur bei oberflächlicher Betrachtung als ein Hauptgrund für den starken Einbruch bei den KMT-Stimmen gelten. Wie Lien Chan hatte schließlich auch Chen Shui-bian gegen einen unabhängigen Kandidaten aus den eigenen Reihen anzutreten. Während aber Hsu Hsin-liang unter einem Prozent der Stimmen blieb, verweist der enorme Erfolg James Soongs darauf, dass ein Großteil der Wählerschaft dankbar war, endlich einmal eine KMT-Politik wählen zu können, ohne dabei die KMT mitgeliefert zu bekommen. Obwohl sich Soong im Wahlkampf auf keine Parteiorganisation stützen konnte - ein gravierender Nachteil gegenüber Lien -, haben die Wähler die KMT abserviert, weil mit dieser Partei so vieles im argen liegt, nicht aber - oder zumindest nicht in erster Linie -, weil ihnen die politische Linie nicht gefiel.

Entscheidend für die KMT-Wahlschlappe war der Zustand der Partei - ihr wenig demokratisches inneres Gefüge, ihre Zerrissenheit zwischen jüngeren Aufsteigern und herrschender alter Garde -, vor allem aber ihre unheilvolle Dominanz in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die KMT hat Taiwan seit über 50 Jahren mit einem politischen Filz überzogen, der aus der Ära der Einparteiensherrschaft bis heute überdauerte. Seine lähmenden Auswirkungen sind umso schlimmer, als die KMT gleichzeitig über ein Wirtschaftsimperium herrscht, das ebenfalls noch aus der Zeit ihrer Alleinherrschaft stammt. Die Partei selbst gibt als Wert ihres Vermögens 7,4 Milliarden DM an, Schätzungen gehen bis zu 38 oder 40 Mrd. DM. Zwar wurden die lukrativen Anteile an staatlichen Monopolfirmen im Zuge der allgemeinen Wirtschaftsliberalisierung zurückgefahren, doch noch immer ist die KMT an 300 Unternehmen beteiligt und erwirtschaftet jährliche Erträge von rund 800 Mio. DM. Die KMT gilt daher vielfach als reichste Partei der Welt (FAZ, 16.3.00; *Die Welt*, 24.3.00).

Ihr gewaltiger Reichtum, den die KMT sonst so souverän zur Wählerbestechung einsetzte und der ihr die Arroganz des Unbesiegbaren gestattete, gereichte ihr diesmal nicht zum Vorteil, im Gegenteil: Die dunklen Verflechtungen der KMT, die Undurchschaubarkeit ihres Imperiums und die in ihrem Umfeld gedeihende Korruption - als „schwarzes Gold“ (*heijin*) bezeichnet - sind einer sich politisch immer stärker emanzipierenden Öffentlichkeit mittlerweile ein Dorn im Auge. Da sich mit Chen Shui-bian und James Soong gleich zwei seriöse Alternativen anboten, wurde die moralische Blöße der KMT umso deutlicher wahrgenommen. Auch die beliebte Strategie der KMT verfiel diesmal nicht, der Bevölkerung die Gegenkandidaten als politische Abenteurer und den eigenen Kandidaten als Garanten der Sicherheit hinzustellen: Chen Shui-bian hatte als Bürgermeister von Taipei eine untadelige Figur abgegeben, und Soong hatte sich bis zur Abschaffung des Amtes als Gouverneur von Taiwan bewährt.

Den Kandidaten Soong allerdings ließ seine KMT-Vergangenheit nicht los. Er selbst war Teil der „Filzokratie“ gewesen, wie die finstere Finanzaffäre zeigte, die im

Dezember letzten Jahres der Öffentlichkeit noch einmal vor Augen führte, mit welcher Selbstverständlichkeit gewaltige Geldbeträge in private Taschen führender KMT-Mitglieder wanderten (s. C.a., 1999/12, Ü 39). Es mag sein, dass diese Affäre Soong jene Stimmen kostete, die ihm schließlich zum Wahlsieg fehlten. Mehr noch aber schädigte sie die KMT selbst. Unberührt davon blieben die DPP und Chen Shui-bian. Die Bekämpfung des KMT-Filzes ist Beobachtern zufolge das, was sich Chens Wähler vor ihm als Allererstes erhoffen (IHT, 22.3.00).

KMT-Kritiker aus den eigenen Reihen sahen als Hauptgrund für die Wahlniederlage an, dass sich die Partei nicht für Soong als ihren Kandidaten entschied. Ob dieser dann aber tatsächlich auf 60% gekommen wäre, wie die Summe der Stimmen für Soong und für Lien nahelegt, ist keineswegs sicher. Ebenso gut wäre zu vermuten, dass Chen in dem Falle die Anti-KMT-Stimmen auf sich vereinigt hätte, die er jetzt mit Soong teilen musste.

Chens Trumpfkarte: Schützenhelfer und Berater

Wie die Analyse des Wählerverhaltens zeigte und ein Vergleich des Wahlergebnisses mit den Prognosen bestätigt, gewann Chen den entscheidenden Vorsprung in der Wählergunst erst in der letzten Woche vor der Wahl. Als Grund hierfür gilt allgemein die ebenso späte wie Aufsehen erregende Schützenhilfe von hochprominenter Seite, darunter auch aus dem Umkreis um Präsident Li. Für Chen Shui-bian und seine Politik sprachen sich gegen Ende des Wahlkampfes unter anderem folgende Prominente öffentlich aus:

- der Politologe Peter Chen (Chen Bizhao), der zeitweise Mitglied des nationalen Sicherheitsrats war,
- der Industrielle Stan Shih, Direktor der Acer-Firmengruppe,
- erstmals am 13. März der Industrielle Shi Wen-lung, einer der Politikberater von Präsident Li,
- erstmals am selben Tag der Chemie-Nobelpreisträger und Direktor der Academia Sinica Lee Yuan-tseh (Li Yuanzhe).

(Kyodo News Service, Tokyo, sowie CNAT, nach SWB, 16.3.00)

Vor allem der außerordentlich hoch angesehene Lee Yuan-tseh erregte mit seiner Parteinahme für Chen große Aufmerksamkeit. Chen, so erklärte er, sei der Einzige, dem es gelingen könne, Taiwan von der Plage des „schwarzen Goldes“ - des KMT-Filzes - zu befreien (FAZ, 21.3.00).

Die ungewöhnliche Tatsache, dass auch Berater des amtierenden Präsidenten plötzlich für Chen Shui-bian eintraten, ließ sogleich Gerüchte aufkommen, dahinter stecke der mit Lien Chan und dessen sich aufweichernden chinapolitischen Linie unzufriedene Präsident höchstselbst: Chen Shui-bian sei mehr nach Lis Geschmack, da der DPP-Kandidat eine ebenso harte chinapolitische Linie vertrete wie er selber. Präsident Li weigerte sich allerdings, den Rücktritt Lee Yuan-tsehs von der Leitung der Academia Sinica zu akzeptieren (CNAT, nach SWB, 16.3.00). Auch

sonst gibt es für die These einer heimlichen Unterstützung Chens durch Präsident Li keinen Beweis, und Lis überzogene Wahlkampfattacken gegen Chen sprechen eine andere Sprache. Dennoch spielten die Gerüchte nach der Wahl keine geringe Rolle bei den gegen Li gerichteten Protesten, die schließlich zu seinem vorzeitigen Rücktritt führten (s. u.).

Hinsichtlich seines schließlichen Wahlerfolgs scheint die spät gewonnene Unterstützung durch hochgeschätzte Wissenschaftler, Präsidentenberater und prominente Industrielle Chens Popularität und sein Ansehen unter noch unentschlossenen Wählern tatsächlich entscheidend gestützt und bestärkt zu haben. Zumindest ist in den letzten zehn Tagen kein weiteres Ereignis erkennbar, das den unstrittigen Mehrheitsentscheid der bis dato Unentschlossenen für Chen bewirkt haben könnte. Auch Soong und Lien verfügten über einige prominente Fürsprecher, niemand aber über solche ähnlichen Kalibers wie Chen.

Chen Shui-bian: ein Minderheitspräsident?

Es ist im Hinblick auf die Stabilität des politischen Systems in Taiwan sowie vor allem in Bezug auf die Politik gegenüber der VR China in der Tat bedauerlich, dass das taiwanische Präsidentschaftswahlverfahren keine Stichwahl unter den bestplatzierten Kandidaten kennt. Chens Stellung gegenüber dem Parlament ist dadurch notwendig ein wenig geschwächt, was umso stärker ins Gewicht fällt, als der neue Präsident sowohl im Legislativ-Yuan als auch in der (dann vielleicht bereits abgeschafften) Nationalversammlung einer KMT-Mehrheit gegenübersteht.

Eine andere Frage ist, inwieweit Chen als Präsident tatsächlich nur Minderheiten und Minderheitenpositionen in der Bevölkerung repräsentieren wird. Er selbst hat sich eindeutig dahingehend geäußert, dass er Präsident des ganzen taiwanischen Volkes sein und sich von der DPP-Parteilpolitik fernhalten wolle. Schon vor der Wahl hob sich Chen von seinem Vorgänger und KMT-Vorsitzenden Li Teng-hui dadurch ab, dass er in der DPP keinen besonderen Führungsposten bekleidet. Chen steht damit eindeutig für eine Trennung von Partei- und Staatspolitik.

Dass Chen in den Augen der taiwanischen Wählerschaft mehr ist als der zufällige Nutznießer eines unvollkommenen Wahlverfahrens, ergibt sich aus einer am Tag nach der Wahl durchgeführten Telefonbefragung unter 1.363 Stimmberechtigten. Dabei äußerten 62,8%, sie seien mit dem Ergebnis der Wahl zufrieden; nur 25,4% erklärten das Gegenteil. Selbst unter den Anhängern Lien Chans war eine Mehrheit von 46 gegen 43% mit dem Wahlausgang einverstanden (CNAT, Internetausgabe, 19.3.00). Mit anderen Worten: Chen gilt in großen Bevölkerungskreisen als akzeptabel und kann zumindest auf einen Vertrauensvorsprung setzen. Alles Weitere wird von seiner tatsächlichen Politik abhängen.

In diesem Punkt freilich sorgte er schon wenige Tage nach der Wahl für eine echte Überraschung: Nachdem es sein Unterstützer und Berater, der Chemiker und Nobelpreisträger Li Yuan-tseh, abgelehnt hatte, das Ministerpräsidentenamt zu übernehmen, nominierte Chen den am-

tierenden, der KMT angehörigen Verteidigungsminister Tang Fei. Der Schachzug schockierte so manches DPP-Mitglied, hätte aber genialer kaum ausfallen können: Mit einem KMT-Mann hat Chen nicht mehr die Parlamentsmehrheit gegen sich, gleichzeitig wurden damit eventuelle Probleme mit der Armeeloyalität - das Militär ist eine traditionelle KMT-Bastion - elegant aus dem Wege geräumt. Auch eine gewisse Kontinuität vom alten zum neuen Kabinett käme Chens Absichten und seiner Akzeptanz gewiss zustatten (*Taipei Times*, Internetausgabe, 30.3.00).

Tang Fei reagierte zunächst reserviert: Er stehe für den vorgesehenen Posten nur dann zur Verfügung, wenn die Partei zustimme. Diese Zustimmung erfolgte Anfang April. Chen hat damit einen ersten großen Erfolg erzielt und die Schwäche seiner Minderheitspräsidentschaft in einem zentralen Punkt mit einem Schlage überwunden. Dass auf diese Weise sein Ziel, den KMT-Filz in der Administration zu bekämpfen, unterlaufen bzw. hinausgeschoben wird, muss er dabei in Kauf nehmen. Schon auf Grund der faktischen Spaltung der KMT durch den Wahlerfolg Soongs wird die Parteienlandschaft bereits bei den nächsten Parlamentswahlen völlig anders aussehen. Dann werden die Karten neu gemischt, und Chen kann hoffen, ein Kabinett bilden zu können, das mehr auf DPP-Linie liegt.

Chen unterstrich sein Bemühen um einen parteiübergreifenden Konsens in zentralen Fragen noch durch einen weiteren Plan: die Einberufung eines informellen Gremiums aus Vertretern aller Parteien sowie nicht parteigebundener Repräsentanten. Damit sollen vor allem die im Wahlkampf zu Tage getretenen Spannungen abgebaut werden (Chinese Television System, Chinesisch, nach SWB, 20.3.00).

Reaktionen in Übersee

Pressekommentatoren rund um die Welt würdigten die Wahl in Taiwan als Sieg für die Demokratie. Stimmen aus den asiatischen Staaten der Region äußerten unmittelbar nach der Wahl, noch unter dem Eindruck der Kriegsdrohungen aus Beijing, vor allem ihre Sorge um den Frieden zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße. Die US-Regierung zeigte sich beruhigt von der Ankündigung Chens, auf eine Unabhängigkeitserklärung zu verzichten, und drückte ihre Hoffnung aus, dass es Chen gelingen möge, den Dialog mit der VR China wiederzubeleben (IHT, 20.3.00).

Aus China selbst war vor allem beredtes Schweigen zu vernehmen: Wieder hatte man sich verkalkuliert, wieder hatten die Drohungen nichts gefruchtet oder gar das Gegenteil bewirkt. Um das eigene Versagen zu kaschieren, kam allerdings eine Beobachtung sehr gelegen: KP-kontrollierte Tageszeitungen in Hongkong - die oft aussprechen, was in Beijing gedacht wird - betonten, bei der Wahl habe sich eine absolute Mehrheit von 60% gegen die DPP und damit gegen deren unabhängigkeitsorientierte Linie ausgesprochen - gerade so, als lägen die übrigen Kandidaten auf Beijinger Linie (*Wen Wei Po*, Hongkong, nach SWB, 20.3.00). Auch sonst entspricht die selbstgefällige Beijinger Sichtweise nicht den Tatsachen: Zum einen spielte das Chinathema nicht die einzige - und vielleicht nicht einmal die dominierende - Rolle im Wahlkampf, zu-

dem lagen Soong und Chen hinsichtlich ihrer chinapolitischen Pläne nahe beieinander. Keiner hatte sich so grundsätzlich gegen Bevormundung aus Beijing gewandt wie Soong. Und schließlich bedeutet das Ergebnis der oben zitierten Umfrage, wonach über 60% der Bürger die Wahl nachträglich gutheißen, dass sich Chen auch mit seiner Chinapolitik auf eine breitere Zustimmung in der Bevölkerung stützen kann, als es seinem Stimmenanteil entspricht.

Möglicherweise dämmert dies inzwischen auch der politischen Führung auf dem Festland. Statt die Interventionsdrohungen zu wiederholen, hieß es nun nur noch, man wolle den Wahlsieger beobachten und aufmerksam verfolgen, was er sage und vor allem, was er tue (IHT, 20.3.00).

Unruhen vorm KMT-Hauptquartier: das Ende der Ära Li

Am Tag nach der Wahl kam es vor der Parteizentrale der KMT zu gewalttätigen Unruhen: Über 2.000 enttäuschte Anhänger forderten lautstark den Rücktritt Li Teng-huis vom Parteivorsitz, da er für die Niederlage der KMT verantwortlich sei, warfen Eier und Steine und demolierten Autos von Beratern, als diese erschienen, um an einem Treffen zur Wahlanalyse teilzunehmen. Auch persönliche Übergriffe gegen Mitglieder der Parteiführung kamen vor. Die Polizei errichtete Absperrungen und setzte Wasserwerfer ein (CNAT und RTHK Radio 3, Hongkong, nach SWB, 22.3.00).

Li kündigte noch am selben Tag an, die Parteiführung im September abgeben zu wollen. Die Basis jedoch verlangte einen sofortigen Amtsverzicht; im Zentralkomitee der KMT wurde eine entsprechende Petition eingebracht. Der Druck auf Li wuchs in den folgenden Tagen weiter an. Am Abend des 22. März erklärte er schließlich seinen sofortigen Rücktritt (IHT, 23.3.00).

Li wurde vor allem das Zerwürfnis mit James Soong und die Aufstellung von Lien Chan als Präsidentschaftskandidat angelastet: Hätte er eine demokratische Meinungsbildung in der Partei zugelassen, so wäre Soong und nicht Lien für die KMT ins Rennen gegangen, und der Machtverlust an die DPP wäre vermieden worden, hieß es. Auch habe Li den KMT-Kandidaten im Wahlkampf nur halbherzig unterstützt. Viele Protestierer gingen noch weiter: Li habe heimlich mit Chen sympathisiert, da dieser China gegenüber eine ähnlich harte Haltung vertrete wie er, und die Wahlniederlage absichtlich herbeigeführt. Auch sei er ein Autokrat und verstrickt in den KMT-Filz und in das Korruptionsgeflecht der Partei.

Hier brachen alte Fronten zwischen „Festländern“ und „Taiwanern“ wieder auf: Nun, nach dem KMT-Desaster, erinnerten sich viele daran, dass Li - wie Chen Shui-bian - auf Taiwan geboren wurde, und unterstellten ihm, die KMT als traditionelle politische Heimat der „Festländer“ bewusst zu Grunde gewirtschaftet zu haben. Der vom Festland gebürtige Soong erschien vielen der Protestierer dagegen als wahrer KMT-Sachwalter (IHT, 20.3.00).

Präsident Li Teng-huis Rücktritt vom Parteivorsitz der KMT bedeutet den Anfang vom Ende seiner Ära. Damit wird der 71-Jährige entgegen seinen Plänen nach der Übergabe des Präsidentenamts an seinen Nachfolger am

20. Mai kein maßgebliches politisches Amt mehr bekleiden.

Sein wenig ruhmvoller Abschied kann die auch von seinen politischen Gegnern gewürdigte Tatsache nicht verdecken, dass Taiwan ihm außerordentlich viel verdankt. Die Verdrängung der alten KMT-Gerontokratie und der Übergang zu einem parlamentarischen, freiheitlichen System sind vor allem sein Werk. Wie die meisten Mitglieder der taiwanischen Elite studierte Li in den USA. 1968 promovierte er an der Cornell University im Fach Landwirtschaftsökonomie. Als er 1984 unter Chiang Ching-kuo (Jiang Jingguo) Vizepräsident wurde, begann auch seine Arbeit zur Reform des politischen und wirtschaftlichen Systems der Insel. Nach dem Tod Chiangs im Jahr 1988 wurde er verfassungsgemäß Präsident und im selben Jahr auch KMT-Vorsitzender. Am 21. Mai 1990 wählte die Nationalversammlung ihn zum 8. Präsidenten der Republik China. Damit trat die Reform des politischen Systems in ihre entscheidende Phase. 1991 erklärte er das Ende des Kriegsrechts. Lis unbestrittene Autorität verschaffte ihm bei der ersten Direktwahl des Präsidenten durch das Volk im Jahr 1996 eine eindrucksvolle Mehrheit. Nach Bekanntgabe des jüngsten Wahlergebnisses erkannte er dies unumwunden an und erklärte, ein Machtwechsel sei in einer Demokratie normal. Selbstkritisch gab er zu, dass die gewünschte Reform der KMT nicht weit genug gegangen sei (ZYRB, Internetausgabe, nach SWB, 23.3.00 und 29.3.00).

Dieses Versäumnis könnte der KMT noch schwerer zu schaffen machen, als es derzeit abzusehen ist. Je eher James Soong der Aufbau seiner neuen Partei (People First Party) gelingt und je länger grundlegende Reformen in der KMT verschleppt werden, umso größer dürfte der Anteil unter den 2,5 Mio. KMT-Mitgliedern werden, die ins Soong-Lager wechseln. Dann bedeutete das Ende der Ära Li für die KMT nicht nur den Machtverlust an der Staatsspitze, sondern auch ihr Ende als stärkste politische Kraft im Staat.

Taiwan am Beginn einer neuen Epoche

Nach dieser Präsidentenwahl wird in Taiwan nichts mehr so sein wie früher. Mit der Selbstherrlichkeit der KMT-Herrschaft hat es ein Ende. Statt politischer Konfrontation wird die Kompromissfindung das zukünftige Geschehen in Parlament und Regierung prägen. Chens DPP, die sich erstmals größeren Kreisen auch auf Landesebene wählbar gemacht hat, dürfte in Zukunft noch an Stärke zulegen, sofern Chen keine gravierenden Fehler macht und seine Partei ihn bei seiner Realpolitik unterstützt. Die politische Landschaft wird sich auch durch die neue Partei von James Soong verändern (vgl. Übersicht in diesem Heft). In der KMT wird spätestens nach dem nächsten Parteitag das große Aufräumen beginnen. Ein Generationswechsel in der Parteiführung ist unausweichlich, eine Reform der Parteistruktur und der innerparteilichen Demokratie ebenso.

Mit dem Ende der Ein-Parteien-Dominanz verliert auch das Filz- und Korruptionsgeflecht, das Verwaltung und Großkapital durchzieht, seine Basis. Chen hat hier

mit seinem Verzicht auf Parteiämter ein Zeichen und einen neuen Maßstab gesetzt. Was in den nächsten Monaten und Jahren an alten Korruptionsfällen an die Öffentlichkeit dringen dürfte, wird das Land vermutlich noch lange in Atem halten.

Chens Sieg bedeutet gleichzeitig einen weiteren Schritt in der Taiwanisierung Taiwans. Erstmals konnte sich die DPP auf höchster politischer Ebene durchsetzen und damit ihrer eigentlichen Klientel, den aus Taiwan stammenden Bürgern, und deren Interessen Geltung verschaffen. Die neuerliche Stärkung des taiwanischen Selbstbewusstseins ist freilich auch eine Folge der im Vorfeld der Wahl vom Festland ausgestoßenen Drohungen. Der Anteil derer, die sich nur als Taiwaner und nicht auch - oder ausschließlich - als Chinesen fühlen, erreichte bei einer Umfrage unter 1.067 Erwachsenen Ende Februar mit 45% einen neuen Rekordwert (CNAT, nach SWB, 6.3.00).

Ob chinapolitisch die erhofften neuen Zeiten anbrechen, hängt natürlich in erster Linie davon ab, ob Beijing sich zu flexiblen und positiven Reaktionen auf die zu erwartenden taiwanischen Avancen bereitfindet. Auf taiwanischer Seite jedenfalls wird es nicht an Bemühungen fehlen, mit dem Festland ins Reine zu kommen. Vorschläge und Ideen sind schon jetzt reichlich vorhanden. Die möglichen Vorteile eines Arrangements mit dem Festland - vor allem die wirtschaftlichen - sind für Taiwan unübersehbar. Eine kluge politische Führung - und Chen wie auch seine Berater sind zweifellos kluge Leute - kann die damit verbundenen Sicherheitsrisiken eindämmen, wenn sie sich genügend Zeit lässt. Ob es dabei auch gelingen wird, sowohl Taiwans De-facto-Unabhängigkeit als auch den Frieden auf Dauer zu wahren, ist eine andere Frage. Sie wird jedoch erst auf längere Sicht relevant sein und muss eine Wiederaufnahme des Dialogs nicht von vornherein behindern.

Für Chen als nur von einer Minderheit gewählter Präsident wird es wichtig sein, immer wieder einen Konsens herzustellen. Dies ist nicht nur gegenüber China eine Schlüsselfrage. Will Chen dem Wählerwunsch nach einer Fortsetzung der Reformen und nach einer Trockenlegung der Korruptionssümpfe ernst nehmen, so wird auch dieser schmerzhafteste Prozess nur gelingen, wenn Chen unbelastete Politiker auch aus anderen Parteien sowie namhafte Sprecher gesellschaftlicher Gruppen - und nicht zuletzt die oft noch KMT-dominierten Medien - auf seine Seite bringen kann.